

## Albanien, Bulgarien, Rumänien, ehemaliges Jugoslawien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

### *Albanien*

Am 23. Juli 1997 trat das neugewählte Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, an der aber die Abgeordneten der Demokratischen Partei des bisherigen Präsidenten Berisha nicht teilnahmen. Zwei Tage später wurde die neue Regierung unter Fatos Nano vereidigt, der in seinem Regierungsprogramm unter den wesentlichen außenpolitischen Richtlinien seines Kabinettes betonte, daß es alle Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft im Europarat ergeben, erfüllen und insbesondere auf die Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der Europäischen Union hinarbeiten werde. Man möchte alle Voraussetzungen für die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU erfüllen. Nano betonte in seiner Regierungserklärung auch das Verständnis für die legitimen Rechte der Kosovo-Albaner, wobei er die Kosovo-Frage als vorrangiges gesamt nationales Problem bezeichnete. Unterstrichen wurde von ihm auch die Bereitschaft, jede neue regionale Initiative oder jeden neuen regionalen Plan zu unterstützen und Albanien daran zu beteiligen.<sup>1</sup>

Am 31. Juli 1997 trafen in Rom die Vertreter von über 30 internationalen Organisationen und Staaten mit Ministerpräsident Nano zusammen, um die künftige Richtung beim politischen und wirtschaftlichen Aufbau Albaniens gemeinsam festzulegen, da klar war, daß ohne umfassende politische und wirtschaftliche Unterstützung des Auslands keine Stabilisierung der Lage in Albanien erwartet werden konnte. Die seit 15. April 1997 im Lande stationierten internationalen Schutztruppen der Operation „Alba“ wurden schrittweise abgezogen, die letzten italienischen Einheiten verließen am 11. August 1997 das Land. Gleichzeitig sagte Italien die Entsendung von Polizisten zu, die die albanischen Behörden bei der Sicherung der Ordnung unterstützen sollten.

Anfang August 1997 begannen die außenpolitischen Aktivitäten der neuen Regierung Nano. Am 5./6. August 1997 besuchte der griechische Außenminister Pangalos in Begleitung des Innenministers Romeros und mehrerer Vizeminister Tirana. Zwei Monate später erschien auch Ministerpräsident Konstantinos Simitis in Tirana und sagte einen Kredit über 80 Mio. Dollar zu, nachdem zwischenzeitlich bereits der albanische Außenminister Milo und Verteidigungsminister Brokaj in Athen vorgesprochen hatten. Ministerpräsident Nano unternahm Anfang September 1997 eine Good-will-Tour in mehrere westliche Hauptstädte. Er unterzeichnete ein bilaterales Abkommen mit der NATO zur Unterstützung bei der Reform der Streitkräfte. Bei der EU, der Europäischen Investitionsbank und bei der Regierung von

Luxembourg sammelte er Zusagen über Wirtschaftshilfe in Höhe von zirka 250 Mio. US-Dollar. Ende September 1997 reiste der Regierungschef zur Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds nach Hongkong, in Bonn wurde er von Bundesaußenminister Kinkel und in Washington von Außenministerin Albright empfangen. Er hielt eine Ansprache vor den Vereinten Nationen. Am 22. Oktober 1997 verabschiedete eine Sonderkonferenz der Europäischen Kommission und der Weltbank in Brüssel ein Maßnahmenpaket für Albanien über 630 Mio. Dollar.

Die neue Regierung hat offensichtlich zunächst Italien als wichtigsten Partner erkannt, was in Rom auf Zustimmung und Genugtuung stößt. Dies verdeutlichte auch der Besuch des italienischen Außenministers Lamberto Dini am 18. Dezember 1997 in Tirana. Im Unterschied zur Berisha-Administration ist hingegen die umstrittene Mitarbeit in der Konferenz islamischer Staaten offenbar aufgegeben worden, die Integration in die Europäischen Zusammenschlüsse und die balkanische Regionalpolitik haben deutlich an Präferenzstatus gewonnen. Auf der am 27. Januar 1998 in Brüssel stattgefundenen Tagung der Außenminister im Rahmen des politischen Dialoges zwischen der EU und Albanien wurde seitens des amtierenden Präsidenten des Rates der EU, Robin Cook, die Solidarität und die energische Unterstützung der EU für Albanien bekräftigt, nachdem der albanische Außenminister Pascal Milo einen Bericht über die Stabilisierung im Lande vorgebracht hatte. Die EG-Hilfe für das Balkanland hatte sich zwischen 1991 und 1996 auf 557 Mio. ECU belaufen.<sup>2</sup>

### *Bulgarien*

Die neue Regierung unter Iwan Kostow, die am 21. Mai 1997 ihre Geschäfte aufnahm, betonte in ihrer Regierungserklärung, daß in der Außenpolitik die zügige Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft, der Beitritt zur EU und eine ausgewogene Regionalpolitik Priorität genossen, aber neben den westeuropäischen Ländern auch Rußland eine wichtige Rolle spiele. Für die Stabilisierung der Wirtschaft war die Einführung des Währungsrates (Currency Board) am 1. Juli 1997 maßgeblich, obwohl die Opposition heftigst gegen den vermeintlich überstarken ausländischen Einfluß durch diese Institution polemisierte.

Nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder am 8. und 9. Juli 1997 in Madrid, bei dem Bulgarien nicht zu Verhandlungen über den Beitritt zu dem Bündnis benannt wurde, fiel die Reaktion der bulgarischen Regierung sehr gefaßt aus. Die bulgarische Regierung sei zur aktiven Zusammenarbeit mit den anderen Bewerbern bereit und werde durch schnellen Abschluß der Wirtschafts- und Militärreform beweisen, daß die NATO-Aufnahme Bulgariens innerhalb kurzer Zeit „direkte nationale Sorge und strategische Priorität“ darstelle.

Das auslaufende Jahr 1997 und dann vor allem das Frühjahr 1998 waren geprägt von den Versuchen der bulgarischen Regierung, sowohl mit den Nachbarn als auch mit wichtigen größeren sonstigen Partnern die Wirtschaftsbeziehungen auf neue Grundlagen zu stellen. Noch im Dezember erklärte der bulgarische Premierminister

Kostow die Türkei als Tor zur muslimischen und arabischen Welt, durch das Handels- und Geschäftskontakte zu den Staaten des Kaukasus und Zentral-Asiens für Bulgarien geschaffen werden könnten.<sup>3</sup> Im Frühjahr 1998 sollten Gespräche über die Bildung einer Freihandelszone zwischen Bulgarien und der Türkei beginnen. Im Mai 1998 wurde dieses Vorhaben präzisiert, wobei dann bereits von der Gründung einer Freihandelszone bestehend aus den drei Ländern Bulgarien, Türkei und Griechenland gesprochen wurde. Für diese Freihandelszone, in der vor allem Betriebe und Unternehmen der Leichtindustrie angesiedelt werden sollen, erwartet man von der EU im Rahmen des Programmes für die Förderung der europäischen Regionen eine entsprechende Subventionierung.<sup>4</sup>

Gegenüber der EU war Bulgarien in letzter Zeit durchaus selbstkritisch genug, um nicht zu erwarten, in die erste Reihe möglicher Bewerber für eine Mitgliedschaft gestellt zu werden. Gleichzeitig wurden die Anstrengungen auf verschiedenen Gebieten, insbesondere im Bereich der Rechtsangleichung, energischer vorangetrieben, um bei der nächsten Begutachtung durch die EU-Kommission die erforderlichen Fortschritte aufweisen zu können. Die EU ihrerseits unterstützt die bulgarischen Anstrengungen durch eine Kreditvereinbarung über 250 Mio. ECU, die am 14. Januar 1998 unterzeichnet wurde. Zur Klärung kam auch nach vierjährigen Verhandlungen die Schuldenfrage mit Deutschland durch die Unterzeichnung eines entsprechenden Regierungsabkommens am 13. März 1998.<sup>5</sup> Am 17. Juli 1998 wurde Bulgarien offiziell Mitglied der Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA).

#### *Rumänien*

Rumänien, das wie Bulgarien ebenfalls weder für eine NATO- noch für eine EU-Mitgliedschaft in der ersten Runde ausgewählt wurde, zeigte sich deutlich enttäuschter als das südliche Nachbarland. Auch der Besuch Präsident Clintons am 11. Juli 1997 in Rumänien konnte darüber nicht hinwegtrösten. Insbesondere die NATO-Entscheidung hatte Bukarest getroffen, nachdem zuvor noch amerikanische Meinungen zitiert wurden, nach denen die rumänische Armee in der Adaption an die Strukturen der NATO heute bereits besser dastehe als etwa die Streitkräfte Tschechiens oder Ungarns. Rumänien führt weiter als Argument für seine Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis die eigene geopolitische Lage ins Feld und hier vor allem die Riegelfunktion, die das Land als eine Zone der Stabilität zusammen mit Ungarn und Slowenien gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien für sich beanspruchen kann.<sup>6</sup> Auf dem Gipfel der Balkanländer auf Kreta am 3. und 4. November 1997 widersprach Rumänien der von den Gastgebern vorgelegten Erklärung, in der vom russischen Interesse an der Region und einer Anregung die Rede war, die Sicherheit des Raumes mit Hilfe Rußlands zu gewährleisten. Problematisch für Bukarest ist vor allem die Vorstellung, daß die Ostgrenze der NATO mit der ungarisch-rumänischen Grenze zusammenfallen werde, nachdem man jetzt endlich die Voraussetzungen für ein entspannteres Verhältnis zwischen den beiden Ländern geschaffen habe. Daß Ungarn zudem auch von der EU in die erste Reihe

der möglichen neuen Mitgliedsländer gestellt wurde und Rumänien nicht, wurde als herber Doppelschlag in Bukarest empfunden. Trotz dieser Enttäuschung ging Rumänien in seinen Versuchen weiter, eine engere Kooperation in der Region zu fördern.

Innenpolitisch endete das Jahr 1997 mit einer heftigen Regierungskrise, die zunächst zu einer Regierungsumbildung unter dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Victor Ciorbea führte. Am 23. Dezember 1997 trat Außenminister Adrian Severin zurück. Sein Nachfolger wurde am 29. Dezember 1997 Andrei Pleșu, der zeitweise in Deutschland studiert hat und als überzeugter Europäer gilt.

Damit war die Krise jedoch noch keineswegs beendet, vielmehr dauerte sie bis in den April 1998 hinein an. Das lange Andauern dieser Krise hatte gerade in der Außenpolitik zu einer Lähmung geführt, obwohl in der am 8. April vorgelegten Kabinettsliste des neuen Premierministers Radu Vasile einige wichtige Ressorts die gleichen Besetzungen wie bisher aufwiesen. Insbesondere verblieben der parteilose Außenminister Pleșu ebenso wie Finanzminister Dăianu im Amt. Das Programm der neuen Regierung konzentriert sich zwingendermaßen zunächst auf die Stabilisierung der sanierungsbedürftigen Wirtschaft, für die strengste Maßnahmen zur Restrukturierung erforderlich sein werden.

#### *Bosnien-Herzegowina*

Am 30. Mai 1997 hatte der Lenkungsausschuß des Rates für die Umsetzung des Friedens in Bosnien-Herzegowina den früheren spanischen Außenminister Carlos Westendorp y Cabeza als Nachfolger von Karl Bildt zum Bosnien-Beauftragten ernannt. Ende desselben Monats begann im serbischen Teil der Republik, in der Republika Srpska (RS), der Machtkampf zwischen der Präsidentin Biljana Plavšić und der in Pale residierenden (und immer noch unter starkem Karadžić-Einfluß stehenden) Regierung. Hauptstreitpunkt war der Vorwurf von Frau Plavšić, die Regierung in Pale unternehme nichts gegen die zahlreichen Kriegsgewinnler und deren illegale Bereicherung, was die Verarmung des Volkes und der Streitkräfte beschleunige. Die von ihr veranlaßte Suspendierung des Innenministers der RS, Dragan Kijać, stellte den Beginn einer längeren Auseinandersetzung dar. Die Präsidentin verlegte ihren Amtssitz von Pale nach Banja Luka und verkündete die Auflösung des serbischen Parlamentes sowie Neuwahlen für den 1. September 1997. Das Parlament seinerseits konterte mit dem Entzug der Amtsvollmachten für Plavšić. Da die Präsidentin mehrfach unterstrich, daß sie alles unternehmen werde, um die Regelung des Friedensvertrages von Dayton durchzusetzen, erhielt sie volle Unterstützung durch SFOR und die OSZE. Eine am 10. Juli 1997 durch britische SFOR-Einheiten durchgeführte militärische Aktion zur Aufspürung mutmaßlicher Kriegsverbrecher in Prijedor, bei der der frühere Polizeichef der Stadt getötet wurde, verdeutlichte einen grundsätzlichen Wandel in der Haltung der Westmächte im Hinblick auf die Behandlung der Kriegsverbrecherfrage.

Eine zweitägige internationale Geber-Konferenz in Brüssel, an der sich 48 Länder und 30 internationale Organisationen unter Leitung der Europäischen Kommission und der Weltbank beteiligten, beschloß am 24. Juli 1997 eine abgestufte Finanzhilfe für Bosnien-Herzegowina mit 1,24 Mrd. US-Dollar für das Jahr 1997.<sup>7</sup> Dabei wurde betont, daß es nicht vertretbar sei, wenn Hilfe an diejenigen fließe, die den Frieden und die Versöhnung vorsätzlich behinderten (RS!). Bei einem auf Drängen der USA am 6. August 1997 kurzfristig anberaumten Treffen im kroatischen Split vereinbarten der bosnische Präsident Izetbegović und Gastgeber Franjo Tuđman die Ausarbeitung eines Vertrages zwischen beiden Staaten als Grundlage für die bilateralen Beziehungen. Sie bekräftigten dabei vor allem das Recht aller Bosnier, in gesicherten Verhältnissen in ihre Heimatorte zurückzukehren.

Nachdem man sich in der Republika Srpska nach Vermittlung durch Milošević nun doch auf vorgezogene Parlamentsneuwahlen geeinigt hatte, wurden diese am 22. und 23. November 1997 durchgeführt. Die bisher bestimmende Serbische Demokratische Partei (Karadžić und Krajišnik) verlor dabei die absolute Mehrheit. Nachdem der hohe Repräsentant der Internationalen Staatengemeinschaft, Carlos Westendorp, gedroht hatte, er werde notfalls einen eigenen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs ernennen, wurde am 17. Januar 1998 Milorad Dodik mit den Stimmen kroatischer und muslimischer Abgeordneter – gegen den Willen der extremen serbischen Nationalisten aus Pale – zum neuen Regierungschef gewählt. Der Regierungssitz wurde zugleich endgültig vom Bergdorf Pale bei Sarajevo nach Banja Luka verlegt. In seiner Regierungserklärung forderte Dodik einen Bruch mit der Politik der Vergangenheit, die eine Wirtschaftstätigkeit verhindert habe, erste personelle Säuberungen in den Staatsfirmen und der Verwaltung hätten bereits begonnen. Seine Ankündigung, vertriebene Kroaten und muslimische Bosniaken könnten auch in die RS zurückkehren, veranlaßte die Staatengemeinschaft, bislang blockierte Hilfsgelder für die RS freizugeben.<sup>8</sup>

Zwischen dem Parlamentswahlen in der RS und dem Regierungsantritt von Dodik hatte bei Bonn auf dem Petersberg am 9. und 10. Dezember 1997 der Friedensimplementierungsrat für Bosnien-Herzegowina getagt, an dem Vertreter von 51 in Bosnien engagierten oder an der dortigen Entwicklung interessierten Staaten sowie von 21 internationalen Organisationen teilnahmen. Wichtigstes Ergebnis war die Stärkung der Stellung des hohen Repräsentanten (Westendorp). Bindend sind seither die Entscheidungen des hohen Beauftragen über Zeitpunkt, Ort und Vorsitz von Sitzungen der gemeinsamen Institutionen, über vorläufige Maßnahmen, wenn die Vertreter der Volksgruppen sich nicht einigen können, sowie über Schritte gegen Mandatsträger, die gegen rechtliche Verpflichtungen des Friedensvertrages verstoßen. Westendorp kann jetzt Sitzungen des gesamtbosnischen Staatspräsidiums und des Ministerrates einberufen, Verordnungen mit Gesetzescharakter erlassen, die bis zu einer Einigung der gewählten Körperschaften gültig bleiben, und gewählte Mandatsträger absetzen, wenn diese ihre Arbeit nicht ordentlich ausüben. In der Ausführung dieses Quasi-Protectorates erließ Westendorp bereits ein Gesetz über Staatsangehörigkeit und Reisedokumente und eine bindende Entscheidung über die neue Währung, die konvertible Mark, die zunächst für eineinhalb Jahre gültig sein

soll.<sup>9</sup> Weitere Dekrete und Verordnungen wurden angekündigt. Damit ist erstmals Bewegung in die erstarrte politische Landschaft in Bosnien-Herzegowina gekommen, was sich auch in der zunehmenden Rückkehr von Flüchtlingen auswirkt.

Das Mandat der SFOR-Truppen war mittlerweile bis zum 30. Juni 1998 verlängert worden, grundsätzlich besteht aber mittlerweile Einigkeit, daß die militärische Präsenz der NATO-Truppen in Bosnien über dieses Datum hinaus verlängert werden muß. Keine Einigkeit konnte jedoch bei der Entscheidung über den Status der Stadt Brčko in Nordbosnien erzielt werden. Das internationale Schiedsgericht entschied, daß bis zu einem endgültigen Spruch alles beim alten bleiben sollte und die Stadt weiterhin von einem „Supervisor“, dem Amerikaner Farrand, verwaltet werde.

#### *Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro)*

Sowohl die innenpolitische Lage als auch die außenpolitischen Bewegungsräume der Bundesrepublik Jugoslawien waren in den abgelaufenen zwölf Monaten durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: Zum einen durch den sich immer stärker aufbauenden Gegensatz zwischen Montenegro und Serbien, zum anderen durch das Entstehen der Untergrundbefreiungsarmee in Kosovo (UÇK) und die hierdurch sich neu darstellende Lage in der Autonomen Provinz.

Am 15. Juli 1997 wählte das Bundesparlament den bisherigen serbischen Staatsoberhaupt Slobodan Milošević zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien. Kurz zuvor hatte jedoch die „serbische Fraktion“ um den bisherigen Präsidenten Momir Bulatović der in Montenegro regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) parteiintern eine Niederlage erlitten, als Bulatović als Parteichef abgewählt wurde. Sein Gegenspieler, der bis dato Ministerpräsident Milo Djukanović war bereits seit längerem auf Distanz zu Belgrad gegangen, weil er sich davon eine Aufhebung oder zumindest Milderung der Sanktionen für die Teilrepublik Montenegro versprach. Seine Hauptargumente gegen Belgrad sind die mangelnde Reformbereitschaft in der Wirtschaft und die offensichtliche Konfliktbereitschaft im Falle Kosovo. Aus dem Machtkampf in Montenegro ging schließlich bei den Präsidentschaftswahlen für die Republik am 19. Oktober 1997 Djukanović als Sieger hervor. Seither versucht Montenegro, soweit wie möglich einen eigenen Kurs gegenüber der westlichen Staatengemeinschaft zu verfolgen, was von Belgrad durch Unterstützung der nunmehr kleineren Bulatović-Fraktion zu verhindern versucht wird.

In Belgrad selbst war nach dem Wechsel von Milošević auf den Präsidentenstuhl der Bundesrepublik Jugoslawien die Neubesetzung der serbischen Präsidentschaft zunächst von zwei ungültigen Wahldurchgängen gekennzeichnet. Am 27. Dezember 1997 konnte sich schließlich der bisherige Außenminister Milan Milutinović gegen seinen Hauptkontrahenten Vojislav Šešelj durchsetzen.

In der offiziell autonomen, de facto aber unter serbischem Sonderrecht (Ausnahmestand) stehenden Provinz Kosovo hatte sich seit Mitte des Jahres 1997 die Situation zunehmend zugespitzt. Zum einen wurde immer häufiger von einer soge-

nannten Befreiungsarmee Kosovas (UÇK) gesprochen – seit einem ersten öffentlichen Auftritt von drei bewaffneten und maskierten Angehörigen am 28. November 1997 gelten sämtliche Zweifel an ihrer Existenz aber als ausgeräumt. Zum anderen demonstrierten erstmalig am 1. Oktober und nachfolgend in regelmäßigen Abständen Tausende Studenten und Schüler in Prishtina gegen die serbische Bildungspolitik und gegen die Nichtimplementierung des bereits am 1. September 1996 von Milošević und dem Vorsitzenden der Demokratischen Liga Kosova (LDK), Ibrahim Rugova, unterschriebenen Erziehungsabkommens, das die Rückkehr der albanischen Lehrer, Studenten und Schüler an die Schulen und Hochschulen vereinbart hatte.

Parallel zur Entwicklung im Kosovo versuchte Milošević in Montenegro die Lage wieder im Sinne Belgrads zu bereinigen. Der ehemalige montenegrinische Präsident Bulatović gründete eine eigene Partei, die Sozialistische Nationale Partei Montenegros, um bei den anstehenden Parlamentswahlen im Mai die Macht zurückzuerobern. Als zusätzlichen Schachzug um die Macht in Montenegro ließ Milošević in Belgrad den bisherigen jugoslawischen Ministerpräsidenten Radoje Kontić, einen Montenegriner, mittels eines Mißtrauensvotums des Bundesparlamentes – gegen den offiziellen Einspruch Montenegros – absetzen und durch Momir Bulatović ersetzen. Diese Aktion sah Montenegro als klaren Bruch der Bundesverfassung von 1992, und die montenegrinischen Parlamentswahlen vom 31. Mai 1998 brachten eine deutliche Niederlage für die neue Partei von Bulatović und damit auch für Milošević. Der klare Sieg von Djukanović und seinen Koalitionspartnern macht jedoch eine weitere Zuspitzung des Konfliktes zwischen Serbien und Montenegro unvermeidlich.

Im Kosovo-Konflikt hatte kurzzeitig Hoffnung aufgeflackert, als sich die beiden Parteien für Gespräche ohne Vorbedingungen einverstanden erklärten, nachdem bei den Wahlen im Kosovo Ende März 1998 Ibrahim Rugova mit überwältigender Mehrheit wieder zum Präsidenten gewählt worden war. Auch die von ihm geführte Demokratische Liga Kosova (LDK) erhielt ihre Position als Führungskraft im Kosovo-Parlament bestätigt. Diese Gesprächsbereitschaft hatte zunächst auch die westliche Staatengemeinschaft zu einer Rücknahme kurz zuvor verkündeter Sanktionen bewogen, doch eskalierten im April und Juni 1998 die Kampfhandlungen dergestalt, daß nach serbischen Bombardierungen von Dörfern im West-Kosovo bis Mitte Juni 1998 knapp 12.000 Kosovo-Albaner ins benachbarte Nordost-Albanien und auch nach Montenegro geflüchtet waren. Dies hat eine Aufkündigung der Gesprächsbereitschaft von seiten der Kosovo-Albaner bewirkt und in der internationalen Gemeinschaft zur Ankündigung möglicher Militäraktionen geführt.

### *Kroatien*

Am 15. Juni 1997 war Franjo Tudjman zum Präsidenten Kroatiens wiedergewählt worden. In Kommentaren zu diesen Wahlen wurde von der amerikanischen Außenministerin Albright festgestellt, sie stimme völlig mit der Kritik der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überein, daß die Abstim-

mung zwar frei verlaufen, keinesfalls aber fair gewesen sei. Der Wahlkampf habe die demokratischen Mindeststandards nicht erfüllt, womit man wieder beim Kernpunkt der allgemeinen westlichen Kritik gegenüber Kroatien war.<sup>10</sup> Kritisiert wurde nicht nur, daß das staatliche Fernsehen für Wahlkampfzwecke mißbraucht worden war, sondern daß ca. 330.000 ethnische Kroaten aus dem Nachbarland Bosnien-Herzegowina an dieser kroatischen Präsidentenwahl hatten teilnehmen können. Zudem wurde moniert, daß der unabhängigen Organisation zur Beobachtung der Wahl, „Gong“, die Überwachung der Abstimmung untersagt worden sei. In Beantwortung dieser Kritik wurde seitens der kroatischen offiziellen Politik festgestellt, daß eine gewisse „Eurofrustration“ sowohl infolge der ständigen Kritik als auch der derzeit nicht absehbaren Einbeziehung Kroatiens in die euroatlantischen Strukturen (NATO und EU) zu vermerken sei. Deswegen sei es wohl besser, die nationalen Ziele – auch im Nachbarland Bosnien-Herzegowina – zu verfolgen, statt sich um das Wohlwollen des Westens zu bemühen.

Eine Delegation des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission besuchte am 22. Februar 1998 die nunmehr kroatische Region Ostslawonien mit seiner kriegszerstörten Hauptstadt Vukovar. Es wurde dabei betont, daß man die kroatische Regierung drängen wolle, Rückkehr- und Wiederaufbaupläne nicht nur für den Osten Slawoniens zu entwickeln, sondern auch für das westliche Slawonien und andere Gebiete, aus denen Menschen geflohen oder vertrieben seien (Krajina). In ihrem Bericht vom Mai 1998 mußte jedoch die OSZE festhalten, daß die Rückkehr von (serbischen) Flüchtlingen in ihre ursprünglichen Wohnorte in Kroatien weiterhin auf Hindernisse stoße. Gerügt wurden Rechtsunsicherheit und Behördenwillkür sowie eine feindselige Haltung maßgeblicher Politiker und Medien.<sup>11</sup>

#### *(Ehemalige Jugoslawische Republik) Makedonien*

Während sich Makedonien außenpolitisch (vergeblich) um stärkere Aufmerksamkeit und Anerkennung seiner ausgewogenen Politik auf dem Balkan bemüht, gefährdet die Eskalation des Kosovo-Konfliktes den ohnehin brüchigen ethnischen Frieden im Land. Zwar konnte anlässlich des Besuches des Ministerpräsidenten Branko Crvenkovski Mitte April 1997 in Bonn ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung über eine weitere Unterstützung Deutschlands beim Aufbau der makedonischen Armee unterschrieben werden, auch fanden am 12. Mai 1997 zum ersten Mal multinationale militärische Übungen der NATO-Länder im Rahmen des Partnerschaftsprogramms in Makedonien statt, doch ist ansonsten wenig Interesse des Westens an der kleinen Pufferrepublik und auch keine Unterstützung in der immer noch nicht endgültig geklärten Namensfrage zu finden. Immerhin hatte die UNO in ihrer Resolution 1110 vom 28. Mai 1997 eine Verlängerung des UNPREDEP-Mandates und keine Verringerung der Truppenstärke desselben verfügt. Am 16. Oktober 1997 besuchte Bundesaußenminister Kinkel Skopje. Er würdigte die besondere Rolle Makedoniens zur Erhaltung der Stabilität in der Region.



Diese Stabilitätsfunktion Makedoniens gerät aber zunehmend in Gefahr. Bereits am 9. Juli 1997 war es zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in Gostivar und Tetovo gekommen, als die Polizei albanische und türkische Flaggen von öffentlichen Gebäuden herunterholte. Die seit Ende des vergangenen Jahres zunehmend eskalierende Situation im benachbarten nördlichen Kosovo brachte zusätzlich Besorgnis in Skopje bezüglich der Albanischen Frage in der Region auf. Makedonien hatte bisher das Kosovo-Problem stets als innere Angelegenheit der Bundesrepublik Jugoslawien erkannt und in Übereinstimmung mit der internationalen Gemeinschaft die Gründung einer unabhängigen „Republik Kosovo“ abgelehnt, da nach Ansicht Skopjes der nächste Schritt unweigerlich der Zusammenschluß von Albanien mit dem Kosovo und damit die Schaffung eines Großalbaniens wäre, dem sich die albanische Bevölkerungsminderheit in Makedonien (offiziell 24%) hingezogen fühlen müßte. Wenn zudem in Kosovo keine friedliche Lösung gefunden werde, erwarte man in Skopje neue Flüchtlingsströme, die das Land enorm belasten müßten. Um so unverständlicher erscheint daher die Mitte April 1998 ergangene Inhaftierung des Bürgermeisters der Stadt Gostivar mit dem Ziel der Vollstreckung der durch Richterspruch verfüigten Gefängnisstrafe wegen der Flaggenangelegenheit. Die zu erwartende albanische Reaktion war die Aufkündigung der bisher erfolgten innenpolitischen Kooperation mit Skopje.

### *Slowenien*

Sloweniens außenpolitische Bemühungen stellen sich in Hinblick auf die beabsichtigten Mitgliedschaften in NATO und EU überaus geschickt dar. Am 20. Mai 1997 trafen sich die Ministerpräsidenten Ungarns, Italiens und Sloweniens in Budapest, um eine engere Zusammenarbeit im militärischen Bereich, im Umweltschutz sowie in Grenz- und Polizeifragen festzulegen. Dieses Treffen fand auf slowenische Einladung eine erweiterte Folgebegegnung am 6. und 7. Juni 1997 in Piran und Portorož. Anwesend waren diesmal acht mitteleuropäische Staatsechefs, die vor allem die Osterweiterung der NATO erörterten. Um so enttäuschter fiel die Reaktion Sloweniens nach dem Entscheid des westlichen Bündnisses in Madrid aus, wo Slowenien nicht für die erste Erweiterungsgruppe benannt wurde. Erfreut zeigte man sich hingegen verständlicherweise über die EU-Entscheidung, Slowenien in den Kreis der ersten Bewerber aufzunehmen. Genau einen Monat nach dem EU-Gipfeltreffen in Amsterdam ratifizierte am 15. Juli 1997 das slowenische Parlament das Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union. Zwei Wochen später trat Außenminister Zoran Thaler von seinem Amt zurück, wobei er diesen Schritt mit innenpolitischen Querelen um die außenpolitische Ausrichtung begründete. Insbesondere sei das Thema der Europäischen Integration in unerträglicher Weise zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht worden. Neuer Außenminister wurde der bisherige Botschafter in Bonn, Boris Frlec.

Als eine Entscheidung für Kontinuität, auch in der grundsätzlichen integrationspolitischen Ausrichtung des Landes, wurde der Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom 23. November 1997 gewertet, in welchen der bisherige Amtsinhaber Milan

Kučan mit 55,6% klar wiedergewählt wurde. Anlässlich seines Besuches in Slowenien erklärte am 27. Februar 1998 NATO-Generalsekretär Javier Solana seinen Gastgebern, daß die atlantische Allianz grundsätzlich eine Politik der offenen Tür verfolge, wobei aber keine näheren Angaben zum Zeitpunkt einer zweiten Welle der Erweiterung gemacht wurden. In Slowenien hofft man nunmehr auf einen allfälligen Beitritt Österreichs zur Allianz, da der nördliche Nachbar politisch wie geographisch ein idealer Partner zur Erlangung der Mitgliedschaft im Bündnis wäre. In diesem Zusammenhang wird nicht so sehr die mediterrane und schon gar nicht die balkanische Ausrichtung des Landes betont, sondern vielmehr die zivilisatorische und kulturelle Zugehörigkeit zu Mitteleuropa.<sup>12</sup> Andererseits ist Ljubljana jedoch durchaus auch an der Entwicklung im südöstlichen Nachbarbereich interessiert.

### *Ausblick*

Die Heterogenisierung der Region hat zweifelsohne zugenommen. Zum einen ist dies auf die beiden Entscheidungen von NATO und EU Mitte 1997 zurückzuführen, bei denen im Grunde vier Klassen von Ländern (mit Zwischenabstufungen) gebildet wurden: Slowenien mit absehbarer EU-Beitrittsperspektive und relativ bequemer Sicherheitslage zwischen NATO-Ländern; problemlose Neutrale – die aber EU-Mitglied sind (Österreich) – und NATO-Beitrittsaspiranten (Ungarn); Bulgarien und Rumänien mit unbestimmter Wartestellung für EU und NATO; Kroatien, Bosnien und Herzegowina, EJR Makedonien und auch Albanien mit unbestimmten Hoffnungen auf EU-Assoziierung; die Bundesrepublik Jugoslawien als Paria der internationalen Staatengemeinschaft im bündnisleeren Raum mit einem sezessionsentschlossenen Kosovo und einem absprungbereiten Montenegro. Für alle Länder ist aber weiterhin außenpolitisch trotz zaghafter regionalpolitischer Kooperationsansätze das Kerneuropa mit EU und NATO die ausschließliche Orientierungsrichtung und einzige Entwicklungshoffnung.

### Anmerkungen

- |  |  |
|--|--|
| 1 Vgl. Archiv der Gegenwart 7 (1997).  | Neue Zürcher Zeitung v. 23.3.1998.                 |
| 2 Zu einer ersten Bilanz der Regierung Nano siehe Schmidt-Neke, Michael: 555 Jahre und ein halbes – Vorläufige Bilanz des Machtwechsels in Albanien, in: Südosteuropa 12 (1997), S. 627-649. | 6 Vgl. NZZ v. 25.11.1997.                          |
| 3 Vgl. BTA (engl.) v. 17.12.1997.  | 7 Vgl. Archiv der Gegenwart 7 (1997).              |
| 4 Vgl. Kapital, zitiert nach Balkan Information Pool (dt.) v. 13.5.1998.   | 8 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 2.2.1998. |
| 5 Vgl. Radio Sofia (bulg.) v. 6.5.1998 und   | 9 Vgl. ebd.  |
|  | 10 Vgl. FAZ v. 18.6.1997.                          |
|  | 11 Vgl. NZZ v. 25.5.1998.                          |
|  | 12 Vgl. NZZ v. 23.4.1998.                          |